

# Die Gewerkschaft.

Organ für die  
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.  
Publications-Organ  
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint am 7. u. 22. jeden Monats.  
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.  
Einzelnnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:  
**Franz Voersch,**  
Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Inserate, die 2 gespaltene Petit-  
Zeile 30 Pfg.  
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.  
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 14.

Berlin, 22. Juli 1899.

3. Jahrg.

## Bekanntmachung betreffs der nächsten General-Versammlung unseres Verbandes.

Der Verbands-Vorstand und der Ausschuss haben in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung beschlossen, zum  
**15. und 16. April 1900** (1. und 2. Osterfeiertag)  
nach **Berlin**

### die 2. General-Versammlung

des Verbandes mit folgender **provisorischen Tages-Ordnung** einzuberufen:

1. Konstituierung der General-Versammlung (Wahl des Bureaus, Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate und Bericht derselben).
2. Geschäfts- und Kasienbericht des Verbands-Vorstandes.
3. Die Lage der städtischen Arbeiter und ihre Forderungen an die Gemeindebehörden. (Situationsbericht der einzelnen Delegierten.)
4. Unser Verhältnis zu der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.
5. Anträge des Verbands-Vorstandes und der Filialen.
6. Festsetzung der Diäten und der Beamtengehälter.
7. Wahl der Mitglieder des Verbands-Vorstandes, die nach § 7 des Statuts von der General-Versammlung zu wählen sind.

Das Lokal, in dem die General-Versammlung tagen soll, die Einteilung der Wahlkreise etc. machen wir rechtzeitig bekannt.

Der Verbands-Vorstand und Ausschuss.  
F. V.: Dr. Voersch.

## Warum organisieren sich die Arbeiter?

Auf diese Frage giebt Harrer Pflüger im „Bäcker Anzeiger“ folgende Antwort:

„Organisieren heißt sich vereinigen, sich eingliedern. Es handelt sich um eine Vereinigung zu Vereinen und Gewerkschaften; die Vereine und Gewerkschaften gliedern sich wieder zusammen zu großen Verbänden und bilden miteinander einen großartigen Organismus, d. h. Leib, Gliedbau.“

Warum sollen sich die Arbeiter organisieren? Weil die Organisation, die Vereinigung allein das Mittel ist für die Befreiung der Arbeiter aus Abhängigkeit und Noth, für die Besserstellung und Hebung des arbeitenden Volkes. Der Einzelne für sich allein ist machtlos, ausgeliefert auf Gnade und Ungnade einem mächtigen Arbeitgebern, ausgesetzt der Gefahr der Arbeits-

und Fristenlosigkeit; die Arbeiterschaft in ihrer Vereinigung ist unüberwindlich: „Alle Räder stehen still, wenn ihr starker Arm es will.“

Warum kann die Organisation allein den Arbeitern helfen? Die Arbeiterorganisationen vermögen höhere Arbeitslöhne für die Arbeiter zu bewirken und die Herabsetzung der bestehenden Löhne zu verhindern. So lange ein Arbeiter allein mit seinem Arbeitgeber unterhandelt, ist er der bei weitem schwächere Theil. Unter dem Zwang der drohenden Arbeitslosigkeit verzichtet er die Arbeit um einen geringen Lohn, ja läßt er sich die Herabsetzung seines Lohnes gefallen. Verweigert er die Arbeit, so tritt ein anderer Arbeiter an seine Stelle ein; keine Rede davon, daß der Arbeitgeber sein Geschäft einstellen müßte, wenn ein oder mehrere Arbeiter vereinzelt die Arbeit einstellen. Ganz anders stellt sich die Sachlage, wenn die Arbeiter eines Gewerbes oder eines Geschäftes zu einer Gewerkschaft organisiert und also solidarisch verbunden sind. Dann steht dem Arbeitgeber die ganze Gewerkschaft beim Abschluß eines Vertrages über den Lohn der Arbeit gegenüber. Wenn die organisierte Arbeiterschaft mit Arbeitslosigkeit droht, dann entsteht für den Arbeitgeber die Gefahr der Geschäftseinstellung. Und den durch Geschäftseinstellung erwachsenden Schaden, vielleicht sogar drohenden Ruin fürchtet der Arbeitgeber noch mehr als der Arbeiter die Arbeitslosigkeit. In der Arbeiterorganisation tritt dem Arbeitgeber ein gleichstarker Kontrahent entgegen und man kann dann von einem freien Vertragsabschluß reden, während der einzelne Arbeiter nicht frei, sondern in einer Zwangslage — der Gefahr des Verhungerns — seine Arbeitskraft an den Arbeitgeber verkauft.

Der einzelne Arbeiter hat in gewissen Fällen keine Ahnung, daß seine Arbeit einen hohen Werth hat und daß der Arbeitgeber im Ernstfall ihm eher den Lohn verdoppeln als ihn entlassen würde. Aber wenn und weil der Einzelne diese Sachlage meist nicht kennt, so kann er sie auch nicht ausnützen und mit Nachdruck seine Forderungen stellen. Das ändert sich im Lohnkampf, den die gesammte Arbeiterorganisation führt; denn an deren Spitze befinden sich Männer, die die einschlägigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gründlich kennen. Diese Männer können auch besser als der einzelne Arbeiter beurtheilen, welcher Zeitpunkt der richtige und günstige ist, um Forderungen zu stellen und in die Lohnbewegung zu treten. Ueberhaupt ist nicht der Einzelne, sondern bloß die organisierte Arbeiterschaft im Stande, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Organisation widersetzt sich mit Erfolg einem Uebermaß der Arbeitszeit, das mit der stülflichen Würde des Menschen nicht vereinbar ist; sie setzt hygienische Forderungen durch; sie stemmt sich gegen die Beinträchtigung staatsbürgerlicher Rechte, wie z. B. gegen die Entlassung von Arbeitern, die von ihrem Vereinsrecht Gebrauch gemacht haben; sie weist rohe Behandlung oder unästhetische Zumuthungen seitens brutaler und sittenloser Aufseher und Vorarbeiter (Meistern) energisch zurück.

Was für weitere Vorteile bieten die Organisationen den Arbeitern? In den Arbeitervereinen und Gewerkschaften findet der Arbeiter Belehrung durch Vorträge, Vorträge und Diskussionen; er wird aufgeklärt über die Ursachen und Wirkungen der sozialen Noth, über das Verhältnis von Heiß und Arbeit, über seine eigene Lage und über die Mittel zur Hebung der Noth und Armuth. In den Arbeitervereinen findet der Arbeiter treue Freunde und Genossen; die Organisation bietet ihm in der Noth

eine Stütze, im Fall der Arbeitslosigkeit oder Krankheit Hilfeleistung. Nicht zu Trinkgelagen und zu leichtfertiger Verschwendung verleiten die Arbeitervereine, sondern zu treuer Freundschaft und solider, charakterfester Lebensführung halten sie an.

Die Arbeitgeber sollten eigentlich das Gedeihen der Arbeiterorganisationen begrüßen und begünstigen. Denn die organisierten Arbeiter sind im Allgemeinen tüchtig und solid; Trunksucht und Blausuchen vertragen sich nicht mit der Vereinschre; ja es giebt Arbeitervereine, welche tieferliche Elemente statutarisch ausschließen.

Bauern und Handwerker haben an der Organisation der Arbeitervereine ein direktes Interesse. Ihr Voss ist davon abhängig, ob die Arbeiter guten Lohn haben, also kaufkräftig sind oder nicht. Handwerker sollten nicht bloß daran denken, daß ihre eigenen Gesellen nach ordentlicher Vöhung streben, sondern auch erwägen, daß Schuhe, Kleider, Möbel, Brot, Fleisch, Holz und soviel andere Gegenstände des Haushalts um so mehr Absatz finden, je bessere Löhne die gesammte Arbeitervereine erhält. Von dem Verbrauch der reichen Leute allein können die Handwerker auch nicht leben. Sie gedeihen um so besser, je mehr die Arbeiter Anschaffungen machen können, während arme schlecht-bezahlte Arbeiter weder dem Handwerker, noch dem Bauernstand Verdienst geben können. Auch die Vermieter, Krämer und Milchverkäufer haben weniger Verluste zu riskieren, wenn die Arbeiterschaft ordentlichen Lohn hat.

Ist es recht und billig, das Streben des Arbeiters nach Besserung seiner Lage zu verurtheilen? Was beim Handwerker und Geschäftsmann „Irehsam“ heißt, wird beim Arbeiter „unzufrieden“ genannt; was dort als Trieb zum Vorwärtskommen gelobt wird, wird beim Arbeiter nicht selten als Begehrtheit und Leidenschaft gebrandmarkt. Man messe doch mit gleicher Güte! Die Beamten erziehen bessere Stellen, die Lehrer höheren Gehalt, die Geschäftleute größeren Umlag — die Lohnarbeiter mit gleichem Recht besseren Lohn! Daß der Arbeitgeber das Recht habe, sein Geschäft zu schließen, wenn es ihm zu wenig einbringt, gilt als selbstverständlich; ebenso hat niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn der Handelsmann seine Waaren nicht auf den Markt bringt, so lange die Preise ihm zu niedrig erscheinen — wer wollte bezweifeln, daß die Arbeiter das gleiche Recht haben, ihre Waare, die Arbeitskraft, zu unabhängigen Preisen loszuschlagen und ihre Arbeit einzustellen, wenn die Arbeitsbedingungen unwürdige sind!

Die Arbeitgeber haben sich schon längst organisiert, wolle ihr Arbeiter zurückbleiben? Die Fabrikanten schließen mächtige Unternehmerverbände, die Großhändler bilden Ringe und Kartelle, die Handwerksmeister organisieren sich in Meisterverbänden, Vöhrer und Wärrer haben ihr Kapitel und Gesellschaften. Die Starren erhoben also durch Vereinigung ihre Kraft und die Schwachen sollten sich selbst durch Vereinigung zur Ohnmacht verdammen? Wer besser organisiert ist, ist im Vorteil. Dann tritt in eine Organisation ein, Arbeiter und Arbeiterin, du bist es deiner Familie und deinem Stande schuldig. Auch deine Vorfahren haben sich im Hund der Eidgenossen zum Schutz der Arbeit gegen die Ausbeutung der adeligen Herren organisiert. Willst du deiner Väter würdig sein, so laß dir dein Vereinsrecht nicht nehmen, und ist die Schweizertreue dir mehr als Schall und Rauch, so laß durch nichts dich einschüchtern, deinen Brüdern dich anzuschließen zum Schutz der Arbeit, und unentwegt zur Organisation zu stehen.

Nicht bloß euer eigenes Interesse, die Wohlthat der ganzen Gesellschaft, die Moral und Brüderliebe verpflichten auch zur Organisation. Darum: Tretet bei zur Organisation!

## Verbandstheil.

### Schankmachung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands theilt uns mit, daß sie und auch der Gewerkschaftsausschuß den Anschluß unsers Verbandes an die Generalkommission gutgeheißen hat. Der Anschluß tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Selbstverständlich handelt es sich nur um einen provisorischen Anschluß, da die nächste General-Versammlung des Verbandes endgültig darüber zu entscheiden hat, ob der Anschluß ausreicht erhalten werden soll oder nicht.

J. A.: Hr. Boersch.

Bei dem Verbandskassierer liegen folgende Gelder ein: Berlin III. 101, Mannheim II. 29,20, Berlin VII. 152,20, Schmaragdort 14,85, Mainz 100,05, Hildesheim 4,80, Mannheim I. 70,92, Teget 66,60, Berlin IV. 50,30, Berlin V. 85,57, Berlin VIII. 85,07, Leipzig II. 49,30, Berlin I. (Müllerstr.) 60,

Pichtenberg 24,75, Charlottenburg 8,35, Bf. 28,50, Bremen 25,—, Bremen 114,90, Berlin VI. 234,02, Berlin I. (Danzigerstr.) 134,97 M.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß das Protokoll des Gewerkschaftskongresses erschienen ist. Insbesondere sind die Vorstände der Filialen verpflichtet, sich dasselbe anzuschaffen und wenn auch schließlich auf Kosten der örtlichen Verwaltung. Die interessanten Verhandlungen des Kongresses sind nicht nur lehrreich, sondern geben auch ein lares Bild der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Protokoll ist für organisierte Arbeiter durch die Leitung der örtlichen Kartelle zu beziehen und kostet 25 Pf.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** In der Generalversammlung am 16. Juni d. J. der Filiale VI (Caternen-Anzünler) fand die Neuwahl des Filial-Vorstandes statt. Es wurden gewählt zum Vorsitzenden Karl Jakob, Greifswalderstr. 20, zum Kassierer Wilhelm Band, Barnimstr. 11, zum Schriftführer Bernhard Wagner, Steglitzerstr. 18 und zu Beisitzern die Kollegen G. Wende und F. Baeker. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen R. Rorte und Ch. Noack.

**Berlin.** Die städtischen Schlacht- und Viehhof-Arbeiter beschäftigten sich in einer Versammlung am 4. Juli mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Bereits im November 1898 hatten die betreffenden Arbeiter Petitionen beim Magistrat bezw. der Stadtverordneten-Versammlung um Verbesserung ihrer Lage eingereicht. Von sämtlichen Rednern wurde scharf verurtheilt, daß bis heute, nach neun Monaten, keine Nachricht über die Petition feilt; es sei ein merkwürdiges Gebahren des Magistrats, jüdische Arbeiter in der Weise zu behandeln. Auch auf ein schriftliches Gesuch, das unterm 12. Januar d. J. an den Rurator Herrn Stadtrat Hübner gerichtet wurde, derselbe möchte eine Deputation der Arbeiter empfangen, damit diese ihre Wünsche und Beschwerden persönlich vorbringen könnten, blieb bisher unbeantwortet. Am 3. Mai wurden nun die Arbeiter bei Herrn Direktor Hausburg vorstellig, die er empfing dann nach Verlauf von 14 Tagen die in einer Versammlung gewählte Fünfkommision mit der Frage, wer den tags zuvor im „Vorwärts“ erschienenen Artikel verfaßt habe und beriet dann mit der Kommission die einzelnen Punkte der aufgestellten Forderungen. Schließlich erklärte Direktor Hausburg, daß die Arbeiter den Ansuchenweg nicht innegehalten hätten, das Ruratorium habe es ihm überlassen, Lohnzulagen zu gewähren; übrigens läme er nicht aus mit dem im Etat eingestellten Mitteln. Die Versammlung beauftragte die Fünfkommision, bei Herrn Direktor Hausburg anzufragen, ob er gewillt sei, mit den Arbeitern weiter zu verhandeln, ev. eine Lohnzulage zu gewähren. Als Termin für die abzuwartende Erklärung wurde der 11. Juli festgesetzt. Die Kommission wurde gleichzeitig beauftragt, alle weiteren Schritte zu unternehmen und b. vollm. macht, im Falle eines Konflikts das Gewerbeamt als Eingangsamt anzurufen.

**Halle a. S.** Der Verband aller im Gemeindebetriebe beschäftigten Arbeiter hielt am Sonntag den 9. Juli, im Enal. Hof seine erste Mitglieder-Versammlung ab. Herr Reichstags- abgeordneter Thiele referirte über die Interessen der jüdischen Arbeiter. Die Gemeindeverwaltungen sollten allen anderen Unternehmern in Bezug auf Höhe des Arbeitslohnes und Länge der Arbeitszeit der von ihnen beschäftigten Arbeiter vorangehen; in der Regel geht sich aber das Gegentheil, wie ja auch unsere Stadt ihren Arbeitern am Gas- und Wasserwerk sowie am Tiefbauamt Löhne zahlt, die geringer sind, als die von Privat-Unternehmern verwandter Branchen gezahlten Löhne. Nur durch eine feste und alle Berufsangehörigen umfassende Organisation kann eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden. Die Beirückung der Petition zur Organisation könne dem Einzelnen schaden, ist nicht begründet. Nicht nur in anderen Städten Deutschlands, sondern namentlich auch in England und Frankreich haben die Organisationen der jüdischen Arbeiter ihren Mitgliedern schon große Vortheile gebracht. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Anschluß ans Gewerkschaftskartell wird eine spätere Versammlung vornehmen. Der Vertrauensmann schiederte den Mitgliedern, wie schon jetzt nach kurzer Zeit des Bestehens der Verband segensreich gewirkt hat, so auch hier in Halle. Dann wurden die Mitglieder im Caternen dienste geschickert. Frauen, sogar Kinder im zartesten Alter werden verwendet beim Fügen und Auslösen der Caternen. Es wurde gewünscht, der Magistrat möge den Caternendien

Bremen  
Angher-  
rotokoll  
re sind  
schaffen  
haltung.  
cht nur  
rutschen  
rte Ar-  
nen und

nt d. J.  
ahl des  
stgehenden  
Band,  
tealiger-  
Baefter.  
rte und

Arbeiter  
Juli mit  
ber 1898  
at bezw  
rer Lage  
rtheit,  
über die  
agistrats,  
auf ein  
den Au-  
e möchte  
lese br-  
en, blieb  
Arbeiter  
ann nach  
gewählte  
duvor im  
reth dann  
ten For-  
daß die  
das Au-  
gewähren;  
ingestellten  
ommission,  
it sei, mit  
a: zu ge-  
a wurde  
genügt, be-  
nd b. voll-  
als Ein-

etriebe be-  
im Enal.  
leichtags-  
paratrischen  
anderen  
und Kräfte  
rang den;  
uch unsere  
e am Tief-  
n Privat-  
ur durch  
rganisation  
Die Be-  
Einzelnen  
n Städten  
nd Frank-  
lter ihren  
trag wurde  
s Gewerks-  
men. Der  
n jetzt nach  
erwirkt hat,  
n Laternen  
ersten Altes  
n Laternen  
ternendienst

als selbständigen Betrieb einrichten, wie es schon in vielen größeren Städten der Fall ist. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, in diesem Sinne ein Schreiben an die Stadtverwaltung zu richten. Es wurde auch den Mitgliedern ans Herz gelegt, für den Verband tüchtig zu arbeiten, um immer mehr Kräfte für ihn zu werben. Ferner wurde bekannt gemacht, daß von jetzt an nur im Volksblatt inseriert wird, mithin es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, das Volksblatt zu lesen, was leider bis jetzt bei vielen noch nicht der Fall ist. Nachdem sich wieder zehn Kollegen hatten in den Verband aufnehmen lassen, wurde die recht rege verlaufene Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Am 20. Juni hielten die in allen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher leider der Referent, welcher in letzter Stunde absagte, nicht erschienen war und der erliche Punkt der Tagesordnung daher nicht verhandelt werden konnte.

Zu Punkt 2: „Petition an den Rath der Stadt Leipzig um Einführung einer geregelten Arbeitszeit für alle städtischen Arbeiter in sämtlichen Betrieben“, entspann sich eine lebhafteste Debatte, welche mit dem Antrag endete, eine Kommission aus den sechs vertretenen Betrieben zu wählen, welche die nötigen Arbeiten erledigen soll und diese dem Rath der Stadt Leipzig zu unterbreiten.

Zum Gewerkschaftlichen wurde von verschiedenen Seiten das Fernbleiben der Kollegen von einigen Betrieben getadelt, ferner wurde dem Geschäftsführer aufgegeben mehr Sorge für das Vorhandensein von Marken zu tragen.

**Mannheim.** Die neu gegründete 3. Filiale hielt am 2. Juli eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Definitive Vorstandswahl. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erläuterte in treffender Weise Zweck und Nutzen des Verbandes und forderte die Anwesenden auf, Mann für Mann dem Verbands beizutreten, als organisierte Arbeiter die Verschwendung unter sich fallen zu lassen, sich gegenseitiges Vertrauen und die Achtung zu erwerben, denn das ist unbedingt notwendig, wenn etwas Erfreuliches geschaffen werden soll. Weitere Redner sprachen sich im ähnlichen Sinne aus. Aufgenommen wurden ca. 30 Mitglieder. Das Wahlergebnis ist folgendes: Alois Sotta, Vorsitzender, Alexander Dohlschmidt, Kassirer, Alexander Edelmann, Schriftführer, Eysel und Esfen, Neuwitzen, Pulai und Krauß, Beisitzer. Beschlossen wurde noch, die Filiale an das Gewerkschaftsstellwerk anzugliedern und sollen in der nächsten Versammlung die Delegierten gewählt werden. Mit einem begeisterten Aufgenommen noch auf die Filiale, auf daß sie wachse und gedeihe, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Magdeburg.** In einer am 29. Juni stattgefundenen Versammlung der organisierten Gasanstalts-Arbeiter wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die betreffs der Arbeitsweise Vorschriften ausarbeiten und sie der Verwaltung zur Genehmigung unterbreiten sollte. Die genehmigten und vom Herrn Direktor Dickmann unterzeichneten Vorschriften lassen wir hier folgen:

1. Wir Arbeiter wollen so arbeiten, wie es von der Direktion durch die Meister bestimmt wird und nicht wie es bisher gewesen ist, daß die eine Schicht die Kohlen verarbeitet, damit die andere den übriggebliebenen Kohlengruß zu verarbeiten hat. Die Kohle soll so verarbeitet werden, wie dieselbe vor die Schippe kommt.

2. Die matten Retorten sind so einzutragen, daß dieselben arbeiten können und nicht soviel, daß es weder Coaks noch Kohle ist. Die Retortenköpfe sind ebenfalls nicht zu viel einzutragen. Alle Gasköhren, die von den Retorten abgehen, sind um 7 und 10 Uhr vorher zu stoßeln, soweit es zulässig ist und die wärmeren Retorten, welche vorher nicht zu stoßeln gehen, sind nach dem Eintragen zu besorgen.

3. Bei der 4 Uhr Charge soll so gearbeitet werden, wie bei den vorhergehenden. Die Feuerung der Ofen ist so zu bearbeiten, daß die Ofen beim Schichtwechsel im guten Zustande besunden werden. Ebenfalls soll jeder Arbeiter danachsehen, daß das Handwerkzeug im guten und sauberen Zustande übergeben wird. Eine jede Tour ist ferner verpflichtet, unter den Kollegen jemand zu wählen, welcher vorläufig als Mitglied des Arbeiter-Ausschusses (bis der vom Magistrat in Aussicht gestellte Arbeiter-Ausschuß in Kraft tritt) gelten soll.

An diesen haben sich dann Meister sowie Arbeiter zu wenden, wenn Jemanden Unrecht geschieht oder gegen diese Anordnung verstoßen wird. Der Petitionende hat sich dann den Beschlüssen des Ausschusses und der Verwaltung zu fügen.

Zusatz: Jeder ältere Betriebsarbeiter ist verpflichtet, die jüngeren Betriebsarbeiter, soweit dieselben in die Arbeitsverhältnisse noch nicht eingeweiht sind, zu unterstützen.

Die Kommission

Johannes Weber. Franz Kubitz. Julius Burckhardt.

Für die Verwaltung

Direktor Dickmann.

**Magdeburg.** Am 17. Juli, Abends 8<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr, tagte im Müllerischen Lokale, Tischlerknechtstraße, eine öffentliche Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Personen, mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines Vertrauensmannes. 2. Die Pensionberechtigung und Hinterbliebenen-Versorgung für die städtischen Arbeiter. Ref.: Dr. Boersch, Berlin. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Punkt 1, Wahl eines Vertrauensmannes, wurde der Kollege Stein wiedergewählt. Punkt 2. Genosse Boersch erklärte der Versammlung wie es in früheren Zeiten gewesen wäre, und wie es heute steht. Die Gemeinden hätten dafür Sorge zu tragen, daß die alten Arbeiter ebenfalls pensioniert werden, wie die Beamten. Die Arbeiter hätten dieselben Verpflichtungen zu erfüllen wie die Beamten, folglich stünde ihnen daselbe Recht zu. Der 1. stündlich Vortrag wurde mit großem Beifall von der Versammlung aufgenommen. 3. Diskussion. Genosse Stein stellt folgenden Antrag: Eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, zur Ausarbeitung der Pensionberechtigung. Folgende Personen sind gewählt: Stein, Schütze, Kubitz, Peter, Bauernmeister. 4. Verschiedenes. Hierbei wurden verschiedene Mißstände, welche noch unter den Arbeitern herrschen, scharf kritisiert. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

## Aus unserem Beruf.

**Die Sache des Herrn Anklam.** Auch der Kassirer der Friedrichshagener Filiale ist jetzt von Herrn Anklam entlassen worden, nachdem der Vorsitzende und der Schriftführer bereits vor mehreren Monaten von ihm gemahregelt wurden. Veschke so heißt der Kassirer — mußte Montag, den 19. Juni zu einem gerichtlichen Termin erscheinen, vermaß aber bedauerlicher Weise, sich dispensieren zu lassen und blieb ohne Entschuldigung der Arbeit fern. Da jedoch dem Werk hieraus nicht der geringste Schaden erwuchs, so konnte Veschke ruhig weiter arbeiten. Am Sonnabend, den 24. Juni überreichte nun eine Kommission der Arbeiter, zu der auch Veschke gehörte, Herrn Anklam ein Schreiben, in dem darum gebeten wurde, den Arbeitern bekannt zu geben, unter welchen Lohnbedingungen sie gegenwärtig arbeiten müßten und welches ferner, auf die Mitteilungen des Direktors Haer gestützt, hat, die Löhne ebenso zu regeln, wie auf den anderen Berliner Wasserwerken. Am Montag darauf wurde Veschke mit der Begründung entlassen, daß er vor einer Woche unentschuldig gefehlt hätte. Ist nun auch das unentschuldigste Fernbleiben von Veschke unbedingt zu verurtheilen, so muß doch Folgendes bei der Entlassung aufpassen.

Warum wurde Veschke nicht sofort oder doch wenigstens am kommenden Sonnabend bei der Beendigung der Lohnzahlungsperiode entlassen? Warum erst am Montag? Dann kommt hinzu, daß Veschke eine der nüchternsten Personen des ganzen Werkes war und irgend welche Verrechnungen sich trotz mehrjähriger Thätigkeit bisher nicht zu Schulden kommen ließ. Wegen einer einzigen Verfehlung gleich zu entlassen?! Wenn mit demselben Maßstabe auch andere Personen gemessen werden sollten, dann müßte mancher Betriebsmann auch schon längst zum Teufel gejagt sein. Aber wie können wir bloß so etwas schreiben?! Arbeiter und Betriebsingenieur! Der Arbeiter ist ein Stiefkind, ein Sklave, der keine einzige Verfehlung begibt, der keine Wünsche äußern darf und auch nicht im Entferntesten dieselben Rechte verlangen kann — der Gedanke daran ist schon Hochverrath und Majestätsverbrechen — wie der Herr Betriebsingenieur.

Ich! Ich! Der Herr Betriebsingenieur! Tausendmal soviel wie so ein Kerl! So ein Plebejer! Schade, daß man sie nicht prügeln kann, dann sollen sie aber wenigstens mit dem Hunger bestraft werden. Einmüthig herrscht daher auch auf dem Friedrichshagener Werk unter den Arbeitern die Ansicht, daß die Entlassung Veschkes nur ein Nachhall Anklamms ist. Nachen wollte er sich, weil Veschke und einige Andere ihm das vorher erwähnte Schriftstück mit den genannten Forderungen zugeigelt (welche verbrecherische Frechheit!) hatten. So lautet die Meinung in Friedrichshagen. Wie tief muß Herr Anklam in seinem

Ansehen bei den Arbeitern bereits gesunken sein, daß man ihm durchgängig solche Thaten zutraut?

Aber nicht nur die Arbeiter trauen Herrn Anklam solche Dinge zu, sondern auch bereits seine eigenen Beamten. Einer derselben sagte kürzlich mit gewissem Bedauern unter Hinweis auf die Führer unserer dortigen Bewegung: „Ihre Stiefel hat der Alte bereits alle vor der Thür hingestellt.“

**Von den Berliner Laternen-Anzündern.** In Nr. 11 der „Gewerkschaft“ berichteten wir, daß die etatsmäßigen Lohnzulagen der Berliner Laternen-Anzündern erst vom 1. Mai cr. zur Auszahlung gelangt wären, obgleich das Etatsjahr mit dem 1. April beginnt. Unsere Notiz hat getrachtet. Die Zulagen für den Monat April sind jetzt nachgezahlt worden. Früher sollen die Laternen-Anzündern zukünftig alle 14 Tage einen freien Abend erhalten. Da dieses Zugeständniß große Preise der Berliner Laternen-Anzündern nicht befriedigt, werden sie sich in einer demnächst stattfindenden Versammlung mit dieser Angelegenheit von Neuem befassen.

**Der Verband der preussischen Gemeindebeamten** hält am 20. August cr. in Freienwalde a. O. seine diesjährige General-Versammlung ab.

**Die Arbeiter-Auswahlwahlen** in den Mannheimer städtischen Betrieben sind zu Gunsten der Organisation ausgefallen.

**Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung** erklärte sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit der Errichtung einer allgemeinen städtischen Betriebs-Krankenkasse für die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste der Stadt Berlin beschäftigten krankensicherungsspflichtigen Personen unter der Einschränkung einverstanden, daß die Betriebs-Krankenkasse der städtischen Straßenreinigung und die Betriebs-Krankenkasse für die Arbeiter der städtischen Park-Deputation bestehen bleiben.

Der Stadtverordnete Singer machte zu dem bezüglichen Antrage des Magistrats folgende Bemerkung:

„Die Vorlage entspricht einem Wunsch der Versammlung, und ich bitte, sie anzunehmen. Ich benutze aber die Gelegenheit, um den Wunsch auszusprechen, daß der Beschluß der Versammlung bezüglich der Pensionskasse für die städtischen Arbeiter nicht so lange Zeit brauchen möge, um als Vorlage an die Versammlung zu kommen, wie diese Vorlage. Ich hoffe, daß der Beschluß der Versammlung über die Pensionskasse die Zustimmung des Magistrats finden möge; diese Kasse wäre die notwendige Ergänzung der Krankenversicherung für sämtliche in städtischen Betrieben beschäftigte Arbeiter.“

**Ein Million Mark mehr** wirtschafteten die Berliner Gaswerke an Uebererschuß für das Etatsjahr 1898/99 heraus, als im Etat vorgesehen war.

**Strahl**, der Kassirer der Charlottenburger Filiale, welcher im Februar 1898 wegen seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit gemahnt wurde, ist jetzt von der Charlottenburger städtischen Behörde aufgefördert worden, wieder im Gaswerk anzufangen. Strahl ist dieser Aufforderung auch bereits nachgekommen. Der Verbands-Vorstand beantragte, als feinerzeit die Maßregelung stattfand, sofort bei dem Charlottenburger Magistrat die WiederEinstellung Strahls. Dieser Antrag wurde abgelehnt, worauf sich der Verbands-Vorstand mit Charlottenburger Stadtverordneten in Verbindung setzte. Dem Wirken der Stadtverordneten Dr. Jastrow und Beyer ist es namentlich zu verdanken, daß Strahl jetzt endlich wieder eingestellt wurde.

**Alterspensionen für die Gemeindearbeiter in Paris.** Die Altersversorgung des Arbeiterpersonals der Stadt Paris beschäftigt die interessirten Kreise schon seit langen Jahren. Bisher waren alle Pläne jedoch am Widerspruche zwischen den Arbeitern und der Gemeindeverwaltung gescheitert. Der Gemeinderath neigte stets dazu, einen Theil der Kosten für die Bildung der Pensionsfonds durch Lohnabzüge zu decken, wogegen sich die Arbeiter sträubten. Um endlich einen praktischen Schritt zu thun, entschloß sich der Gemeinderath im Jahre 1890 zu einer provisorischen Maßregel und gewährte aus Mitteln des laufenden Budgets allen invaliden oder alten Arbeitern eine jährliche Unterstützung, die je nach dem Dienstalter von 5-25 Jahren zwischen 140 und 500 Frs. varirt. Dieses System hat das Unangenehme, einerseits die Stadtkasse zu sehr zu belasten und andererseits ein Mißverhältnis zwischen den gewährten Pensionen und den geleisteten Diensten bestehen zu lassen. Man begann darum bereits 1893 an eine andere Regelung zu denken und schlug vor, die für die städtischen Beamten geltenden Einrichtungen auch auf die Arbeiter auszudehnen. Darnach wären die Pensionen bei der freien staatlichen Altersrentenkasse konstituir worden, und zwar aus monatlichen, von der Stadt und den

Arbeitern zu gleichen Theilen aufgebrachtten Prämien. Gegen dieses Projekt erhob der Gemeindearbeiterverband so lebhaften Widerspruch, daß es nicht zur Ausführung gelangte. Vor Kurzem wurde es indessen von der Arbeitskommission des Gemeinderaths wieder aufgenommen und dann auch sehr rasch im Plenum der Körperschaft definitiv genehmigt. Die hauptsächlichlichen Dispositionen des Projektes sind, wie uns aus Paris geschrieben wird, die folgenden: die Stadt zahlt jeden Monat bei der staatlichen Altersrentenkasse für jeden Arbeiter einen Beitrag von 7,50 Frs. ein, welchen ein 4 prozentiger Lohnabzug auferlegt wird. Aus diesen Prämien werden nach den bei der genannten Anstalt üblichen Regeln Pensionen gebildet, die jedoch 1200 Frs. nicht übersteigen können. Im Todesfalle ist die Wittve des Arbeiters zur Hälfte berechtigt. Das pensionsfähige Alter wird auf das 50. Lebensjahr festgesetzt. Jedoch können alle arbeitsfähigen Arbeiter den Pensionseintritt bis zum 65. Jahre verschieben.

### Griefkasten.

**Barlorsuhe, Darmstadt etc.** Es wäre uns sehr lieb, wenn wir von dort auch einmal etwas für die Zeitung erhielten.

### Achtung, Schlacht- und Viehhofs-Arbeiter Berlins!

Der Kassirer F. Mühlberg wohnt Thäerstr. 58, Hof pt. Der Vorstand.

### Achtung, Leipziger Laternenwärter!

Der Vertrauensmann R. Kuprecht wohnt jetzt Sebastaianbachstr. 33, 4. Etage.

### Achtung, Magdeburg!

Die Mitglieder, welche ihre Bücher noch nicht haben abstempeln lassen, werden ersucht, dieses schleunigst auszuführen. Ferner werden die säumigen Mitglieder gebeten, ihre rückständigen Beiträge zu begleichen. Diejenigen, welche 3 Monate im Rückstande sind, werden ausgeschlossen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet Donnerstag, den 27. Juli, bei Franke, Ottenbergstraße, statt. Der Vorstand.

### Vereinigte Berliner Filialen.

Sonnabend, den 19. August 1899

## Großes Sommer-Fest

verbunden mit

Konzert, Spezialitätenvorstellung, Tanz u. Kinderbelustigungen in der

„Neuen Welt“, Hasenhalde 108-114.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Billets à 20 Pf. sind beim Comité und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Tageskasse 25 Pf.

Anfang Nachmittag 4 Uhr. Ende ???

Das Vergnügungs-Komitee der vereinigten Berliner Filialen.

### Filiale Magdeburg.

Sonnabend, den 12. August:

## Stiftungs-Fest

in der „Brons“, Woldenstraße.

Der Vorstand.

### Dankagung.

Den Kollegen meines verstorbenen Mannes **Wilhelm Vuch** sage ich meinen besten Dank für die schöne Kranzspende und Beteiligung am Begräbniß.

Die betraübte Wittwe Vuch.

Verantwortl. Redakteur: Bruno Pörsch, Berlin, Gleditschstr. 49. Druck von Maurer & Dimmig, Berlin S., Coulissen-Str. 11.

# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 14.

Berlin, 22. Juli 1899.

3. Jahrg.

## Kundschau.

**155 000 Gas-Automaten** sind seit 1890 in England eingeführt worden, während in Deutschland diese praktische Einrichtung fast nur dem Worte nach bekannt ist. Nur Karlsruhe dürfte sich nach einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mitteilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlich daran erheuen, seinen Einwohnern nach Belieben für 10 Pf. Gas abgeben zu können, da im Oktober 1893 mit der Einführung der Automaten begonnen wurde und jetzt insgesammt bereits 200 Stück aufgestellt sind. In Frankreich dagegen sind die Automaten fast in allen kleineren Städten aufgestellt, haben sich aber in Paris noch keinen Eingang verschaffen können. Bekanntlich können die Gas-Automaten in jedem Haushalt zc. aufgestellt werden, wo sie gegen Entrichtung eines 10 Pf.-Stüdes eine bestimmte Menge Gas für Leucht- oder Kochzwecke abgeben. Die Einrichtungen sind aber auch so getroffen, daß gegen eine Vorauszahlung von 10 bis 20 mal 10 Pf. eine größere Menge Gas ununterbrochen abgegeben werden kann.

Für das Streikpostensystem ist Prof. Brentano in einer Vorlesung über Gewerbepolitik eingetreten. Er führte aus: „Das Kampfmittel der Arbeiter ist: das Ausschließen von Schlichtern oder Posten, um die zuziehenden Arbeiter zu verständigern. Die Arbeitgeber haben es leichter. Sie können auf dem Wege des Zirkulars, Telephones zc. die Namen sich gegenseitig mitteilen. Der Unterschied ist aber, daß die Ausschließung solcher Posten die Polizei den Arbeitern verbietet, während die Ausschließung von Postskriptionslisten einem solchen Verbot nicht unterliegt. In England, wo die absolute Rechtsgleichheit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber besteht, ist auch das Postenausschließen als ein unentbehrliches Kampfmittel der Koalitionsfreiheit gestattet.“

Bei uns ist's mindestens grober Unfug und unter dem Buchhausgesetz wäre eine Strafe bis zu einem Jahre Gefängnis darauf gesetzt.

Die **Generalversammlung des deutschen Buchdruckerverbandes**, welche vor kurzem in der Gutenberghofstadt Mainz tagte, hat das Unterstützungswesen ohne Erhöhung des Beitrages ausgebaut. Nach einer Vorberchnung beläuft sich die Mehrausgabe (inkl. 14,000 M. Beitrag für den verbilligten „Correspondent“, das Organ des Verbandes) auf mindestens 145,000 M. jährlich. Eine Summe, wie sie so manche Gewerkschaft im Jahre weder einnimmt noch ausbeut, fügt mit Recht der „Corr. f. D. S.“ hinzu. Mit Ausnahme der Krankenunterstützung sind alle Unterstützungssätze erhöht, die Unterstützungsdauer ausgedehnt bezw. die Karenzzeiten herabgesetzt worden. Die Errichtung einer obligatorischen Verbands-Wittwenkasse wurde abgelehnt; dafür wurde das Begräbnisgeld von 100 auf 150 bezw. 200 M. erhöht. Die Gehälter der angestellten Vereinsbeamten wurden in Hinsicht auf die erhöhten Ausgaben durchweg aufgebessert. Der erste Vorsitzende erhält fortan 2800 M. und 100 M. Repräsentationsgelder, Kassirer und Hauptverwalter sowie Redakteur des „Corresp.“ je 2600 M. jährlich. Allen wurde ein 14 tägiger Sommerurlaub bewilligt.

**Leipzig.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Juni d. J. wurden zur Vergrößerung der Aufenthalts- und Schlafräume der Geschworenengerichte der Stadtverwaltung im alten Johannisplatz 1045 M. bewilligt, nachdem der Referent die Dringlichkeit der Aufwendung betont und seine Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß die bisherigen unzulänglichen Verhältnisse so lange haben bestehen können, ohne daß die Stadtverwaltung Vorschläge zur Abhilfe gemacht hat.

## Anruf zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter Dänemarks.

Der dänische Unternehmerverband lehnt konsequent jeden Einigungsversuch, zu dem die Arbeiter stets bereitwillig die Hand geboten haben, ab. Er zeigt damit deutlich, daß es ihm

nicht darauf ankommt, auf dem Boden der Gleichberechtigung mit den Arbeiterorganisationen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterhandeln, sondern die Gewerkschaften zu sprengen, um dann die Arbeitsbedingungen zu diktiert.

Dank der guten Organisation der dänischen Arbeiter und Dank ihrem glänzenden Opferrath war es möglich, in dem bereits sieben Wochen währenden Kampfe den Unternehmern Trost zu bieten und sie zu hindern, ihre Absichten auszuführen zu können. Nach wie vor sind die Arbeiter in kampfbereuiger Stimmung und ist es gelungen, die Kämpfenden vor der bittersten Noth zu bewahren.

Es muß dem dänischen Unternehmertum aber nunmehr klar gemacht werden, daß auch für weitere Wochen den Kämpfenden die Munition nicht ausgehen wird. Die deutsche Arbeiterschaft muß den Beweis liefern, daß sie sich Dessen bewußt ist, was in diesem Kampfe auf dem Spiele steht, daß, wenn das dänische Unternehmertum seinen Zweck erreicht, den deutschen Unternehmern der Ramm schwellen wird und sie zu gleichem Vorgehen geneigt sein werden.

Es kommt in diesem Kampfe für die deutschen Arbeiter nicht nur in Betracht, den dänischen Genossen gegenüber das Solidaritätsgefühl zum Ausdruck zu bringen, sondern im eigenen Interesse den Arbeitern Dänemarks zum Siege zu verhelfen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat bereits begonnen, ihrer Solidarität praktischen Ausdruck zu geben. Da aber das Ende der Aussperrung nicht abzusehen ist, so muß intensiver, als es bisher geschehen, für die Beschaffung von Unterstützungsgeldern getrieben werden.

Die von Deutschland kommende Hilfe wird nicht nur den Aussperrten das Ausdauern im Kampfe ermöglichen, sondern auch das Unternehmertum nachgiebiger machen. Sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer Dänemarks müssen erkennen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands nicht nur mit Sympathie, sondern auch mit aller Kraft hilfsbereit hinter den in brutalster Weise Aussperrten steht. Deswegen ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, ein Scherflein zu dem Kampffonds unserer dänischen Brüder beizutragen.

Mit Gruß

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Unterstützungsgelder sind an den Kassirer der Generalkommission, A. Köste, Meißnerstraße 5, Hamburg-Gimsbüttel, zu senden.

Wir bitten jedoch dringend, auf den Abschnitten der Postanweisungen zu bemerken, für welchen Zweck der eingesandte Betrag bestimmt ist.

## Litterarisches.

Die Wochenschrift „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, D. S. Verlag, Preis 3,25 Mk. vierteljährlich) liegt uns bis zum 41. Hefte vor. Aus dem Inhalte der letzter erschienenen Hefte erwähnen wir die folgenden Artikel: Der dritte Professor Bogt und die Jmpffrage. Von Dr. S. Rosenfeld. Eine sozialistische Zentralkasse für die deutsche Arbeiterbewegung. Von Simon Kagenstein. Kaiser und Parlament. Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten 1898. Von M. Beer. Eine Artikelserie im Feuilleton bringt Erinnerung eines Hundvierzigers.

Einen neuen Tendenzroman beginnt die im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ jochen ein neues Abonnement eröffnende illustrierte Romanbibliothek „**Im freien Stunden**“, die in Wochenheften zu je 10 Bg 24 Seiten Romanzeit und 2 Seiten kleines Feuilleton bringt. Der neue Roman: „Unter den Dolomiten“ von Konrad Teimann ist ein Tendenzroman, der seiner spannenden Handlung und freisittlichen Tendenz wegen Beifall finden wird. Auf dem Boden eines abgelegenen Gebirgsdorfs in den Dolomiten schildert der Dichter die allmähliche Selbstbefreiung eines katholischen Priesters aus den Fesseln des tödlichen Buchstabenglaubens im Umgang mit einer freigeistigen Frau, die er bekehren soll, um der Kirche das

